

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Wurdau, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenfeld.

Verlag G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsort: Aue Nr. 20, Böhmisch Wurdau Nr. 10, Schwarzenberg Nr. 10, Grünhain Nr. 10, Johanngeorgenfeld Nr. 10.

Abgaben: Einmalige Abgabe für die am Sonntag erscheinende Nummer bis zum 1. März 1925. Die Abgabe für die weiteren Nummern bis zum 31. März 1925 beträgt 1,00 Mark. Die Abgabe für die weiteren Nummern bis zum 31. März 1925 beträgt 1,00 Mark. Die Abgabe für die weiteren Nummern bis zum 31. März 1925 beträgt 1,00 Mark.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Der Preis für die 24 zum Ende des Monats bezogenen Nummern beträgt 1,00 Mark. Die Abgabe für die weiteren Nummern bis zum 31. März 1925 beträgt 1,00 Mark. Die Abgabe für die weiteren Nummern bis zum 31. März 1925 beträgt 1,00 Mark.

Nr. 63.

Sonntag, den 15. März 1925.

78. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Dienstag, den 17. März 1925, vormittags 10 Uhr, sollen in Schwarzenberg-Sachsenfeld 1 Ackerland mit Kalkstein und vorw. 9 1/2 Hektar vergrünte Gärten, 355 Stück Aluminium-Eisenblech, Schiffslein, Wasserfestel und Weißblech-Eisenblech öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Schölers Restaurations.

Schneeberg. Gefunden
wurde ein Kasten Polierwägelchen. Gegen Erstattung der Unkosten abzugeben in der Polizeiwache.

Der Kommerzienrat Karl Gohwiler in Schwarzenberg beabsichtigt, die Schmelzwerke oberhalb der Schwarzenberg-Johanngeorgenfelder Eisenbahnlinie auszubauen. Es soll der Obergraben erweitert und vertieft, sowie neue Turbinen eingebaut und die damit verbundenen Veränderungen im Untergraben vorgenommen werden, um möglichst alles zutreffende Wasser auszunutzen.

Brennholzverflegerung. Kirchenwald Köhnitz.
In Laudners Gashof in Oberpannenstiel sollen Donnerstags, den 19. März 1925, von vormittags 10 Uhr an: 42 m buch. Brennholz, 41 m m. Brennholz, 73 m Stöße, 26 m buch. Reisig, 160 m m. Reisig, aufbewahrt in Abt. 2, 7, 10, 12, 14, 16, 17, 19, 20, 25 gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Streiflichter.

Der Traum einer Einigung der Parteien. Je rechts von der Sozialdemokratie stehen, war zu schön, um Wirklichkeit zu werden. Statt einem bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten haben wir nun glücklich drei. Möglich ist, daß es im Laufe der Zeit noch mehr werden. Aus dem Anlauf zu einer wirklich staatsbürgerlichen Tat wurde eine Chamaele mit dem Erfolg einer Anzahl Kandidaturen. Steiger ist der linke Zentrumsflügel, also Hr. Wirth. Für ihn kam eine Einheitskandidatur von vornherein nicht in Frage und seinem taktischen Geschick ist es glänzend gelungen, Verwirrung in die Reihen des Bürgertums zu tragen. Natürlich schiebt nun eine Partei die „Schulb“ auf die andere, ein Vorgang, der uns aus den Zeiten der Regierungsbildungen vertraut ist. Man wird auch bei Schulfragen dieser Art niemals den wahren Sachverhalt feststellen können. Deshalb: Schwamm drüber.

Nicht wichtiger ist es, sich darüber klar zu werden, was nun werden soll. Im ersten Wahlgang wird die Entscheidung zum kaum mehr fallen können. Trotzdem muß alles versucht werden, wenigstens den „Loebell-Ausschuß“ in seinem ganzen Umfang zu erhalten. Er hat sich als der Pol erwiesen, um den sich die staatsbürgerlichen Parteien auch für die Zukunft kristallisieren können. Hr. von Loebell ist der bekannte preußische Innenminister aus der Kriegszeit, der in der Zeit der „Räte“ den Reichsbürgerrat gründete. Dieser teilte bisher das Schicksal so vieler anderer Revolutionsgründungen, er klümmerte. Nunmehr scheint er der Verwirklichung seines Zieles näher gekommen zu sein, dem Zusammenfassen aller nationalen Parteien und Kreise. Natürlich wird der Ausschuß von den linken Parteien mit Mißgunst und Mißtrauen betrachtet. Das beweist aber nur, daß er auf dem rechten Wege ist. Für eine eventuelle Stichwahl steht ihm, nachdem die Zusammenfassung des Bürgertums jetzt gescheitert ist, eine große Aufgabe bevor.

Man wird von vornherein darauf verzichten müssen, die Parteipersonifikationen der Demokraten und des Zentrums in eine nationale Einheitsfront eingegliedert zu sehen. Aber es machen sich immer mehr Anzeichen dafür bemerkbar, daß sich einzelne Parteimitglieder von der parteiamtlich abgekoppelten Meinung befreien und ohne Scheuklappen ihren Weg zu gehen versuchen. Die fast sprichwörtlich gewordene Geschlossenheit des Zentrums hat gerade in der letzten Zeit Sprünge bekommen, und in der demokratischen Partei beginnt hier und da der gesunde Menschenverstand Oberhand über den Doktrinarismus zu gewinnen. Es wäre ein Segen, wenn der Loebell-Ausschuß es fertig brächte, die nationalen Splitter aus allen Lagern, auch aus dem von ganz links, an sich heranzujagen und so dazu verhelfe, die Allmacht der Parteien

zu brechen. Eine nationale Instanz neben oder möglichst über den Parteien ist schon längst die Sehnsucht der vernünftig Denkenden in allen Lagern.

Vorläufig sind wir erst in den Anfängen. Es wird die Aufgabe der in den Vaterländischen Verbänden zusammengeschlossenen Kreise und vor allem der Presse sein, den Gedanken zu vertiefen. Bei jeder Gelegenheit muß das Nationalgefühl geweckt werden, und müssen Vorgänge, die es verletzen, gebrandmarkt werden. Gelegenheit dazu gibt es ja genug. Bezeichnend ist ein Fall aus der jüngsten Zeit. Als Redner in der Gedächtnisfeier für Ebert hatte die Berliner Sozialdemokratie u. a. zwei Franzosen berufen, darunter den berühmtesten G r u n d a c h, der, nachdem er sich dem deutschen Heeresdienst entzogen hatte, während des Krieges den Franzosen Verräterdienste leistete. Es ist noch gar nicht lange her, da bezeichnete er „Vorwärts“ diesen Mann als Lumpen, und jetzt wird er der Berliner Arbeiter als sozialistische Heuchler serviert.

Einen weiteren Skandal aus der neuesten Zeit bedt der ehemalige Sozialist Bernhard Raufsch auf. Er klagt den Parteivorstand der Sozialdemokratie an, das Landesverräterische Treiben der Redakteure der „Volksstimme“ in Saarbrücken, durch das die deutschen Saarländer schwer geschädigt werden, zu dulden. Das Blatt arbeitet mit dem französischen Imperialismus Hand in Hand, und die Herren Weis und Müller-Franken sagen kein Wort dazu. Sie müssen konsequenterweise auch schweigen, denn sie dulden ja auch den pfälzischen Hochverräter Johann Hoffmann in den Reihen der Partei, der sich einst mit dem General de Wey zu zusammenschloß, um die Pfalz von Bayern loszureißen. Willkoren von sozialistischen Weibern sind solche Dinge ein Brevel. Ihrem Nationalgefühl einen festen Halt zu geben, ist eine der nächsten und höchsten Zukunftsaufgaben.

Jarres.

Jarres ist nie enger Parteimann gewesen. Sein Name ist daher in der großen Öffentlichkeit nicht so sehr hervorgehoben. Das ist aber wirklich kein Nachteil. In kluger Selbstbeschränkung hatte er stets vermieden, sich in den wirren Gängen des Parteigetriebes zu verlieren. In seiner Heimat, auf seinem Posten als Oberbürgermeister von Duisburg, aber hat er gezeigt, was er kann. Nicht nur, daß er in jahrelanger mühsamer Arbeit die außerordentlichen Schwierigkeiten, die gerade die Verwaltung in Duisburg bot, durch seine Sachkunde und Fähigkeit überwand, in den bewegten Zeiten der Ruhrbesetzung hat er bewiesen, daß er auch persönlichen Gefahren offen ins Auge zu sehen vermag. Sein energisches Auftreten für die Rechte seiner Heimat während des Ruhrindruktes führten bald zu seiner Ausweisung und Verschleppung ins Gefängnis. Wieder in Freiheit, fand seine Tatensucht keine Ruhe. Als Vorsitzender des Provinziallandtages fand er noch oft Gelegenheit, für seine bedrohte Heimat einzutreten. Am 11. November 1923 berief Stresemann Oberbürgermeister Jarres in sein Kabinett als Reichsminister des Innern. Man wird ihm das Zeugnis ausstellen dürfen, daß er hier stets ein wichtiges Gegengewicht gegen alle linksradikalen Einflüsse gewesen ist.

Während seiner Ministerzeit zeigte es sich auch, wie sehr er mit seinem früheren Wirkungskreis verbunden war. Die Duisburger Bürgerschaft richtete an ihn immer wieder die Bitte, seinen Bürgermeisterposten nicht endgültig aufzugeben, und als er vor wenigen Wochen wieder seinen Einzug in Duisburg hielt, da gestaltete sich dieser zu einem wahren Volksempfang. Die Bürger Duisburgs werden gewiß ungern die erneute Aussicht seines Scheidens sehen. Aber Männer sind in Deutschland selten geworden, und jeder Manneskraft muß die Wirkungskstätte eröffnet werden, die ihn ganz ausfüllt. Seine junge, unverbrauchte Kraft, die sonst bei uns Deutschen meistens nur getrennt auftretenden Fähigkeiten zur Politik und organisatorischen Verwaltung nationaler Wille und die diplomatische Urteilskraft, das sind die großen Fähigkeiten, die ausschlaggebend waren für die Kandidatur Jarres. Das deutsche Volk wird durch seine Wahl beweisen müssen, ob es noch soviel gefunden Instinkt in sich hat, echtes Mannestum, echtes Führertum zu erkennen und vorzuziehen jenen Parteilichkeiten, die enger Parteigeistismus in vierfacher Auflage — Braun für die Sozialdemokraten, Thalmann für die Kommunisten, Marx für das Zentrum, Hellpach für die Demokraten — daneben präsentiert.

Der Reichsbild.

Berlin, 14. März. Die hinter der Kandidatur Jarres stehenden Parteien und Verbände haben sich, wie mehrere Blätter melden, zu einem „Reichsbild“ zusammengeschlossen, der die Leitung der Wahlbewegung in die Hand nehmen soll. In Berlin hat sich ein überparteilicher Ausschuß gebildet, dem außer den rechtsstehenden Parteien die vaterländischen Spitzenverbände angehören. Für Sonntag, den 22. März, ist von dem Ausschuß eine Massenkundgebung in Aussicht genommen.

Die ersten Wahlversammlungen.

Berlin, 13. März. Am Montag beginnt der allgemeine Wahlkampf für den Reichspräsidenten. Die Wahlaufäufe der Rechtsorganisationen für Dr. Jarres werden in bürgerlich-verständlichem Geiste gehalten, um auch Anhänger anderer Parteien die Stimmabgabe für Dr. Jarres zu erleichtern. Die ersten größeren Wahlversammlungen finden am Sonntag in Berlin statt, wo mehr als 30 Versammlungen zur politischen Anmeldung gelangt sind.

Berlin, 13. März. Wie wir erfahren, hat sich auch die Wirtschaftliche Vereinigung offiziell und geschlossen für die Kandidatur Dr. Jarres erklärt. Die hinter dieser Kandidatur stehenden Parteien und Organisationen haben sich heute als Reichsbild konstituiert.

Berlin, 13. März. In einer Vertreterversammlung des Reichslandbundes wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der den Mitgliedern des Bundes vorgeschlagen wird, für die nationale Sammelkandidatur Dr. Jarres einzutreten.

Berlin, 13. März. Dr. Jarres ist heute vormittag aus Duisburg in Berlin eingetroffen und hat in den Vormittagsstunden an den Beratungen des Loebell-Ausschusses teilgenommen.

Berlin, 14. März. Dem „Volkswacht“ zufolge hat Dr. Jarres die Wahlkandidatur zum Reichspräsidenten nicht nur für den ersten, sondern auch für den zweiten Wahlgang angenommen, falls ein solcher notwendig sein sollte.

Blitzige Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten.

Halle a. S., 13. März. Anlässlich einer Kommunistenversammlung zur Reichspräsidentenwahl kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten, bei dem sechs Personen getötet, 25 schwer und 15 leicht verletzt wurden.

Halle, 13. März. Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten ereigneten sich in einer anlässlich des internationalen Meetings der kommunistischen Partei zwecks Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl im Volkspark abgehaltenen Versammlung. Nachdem zuerst die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Hedwig Krüger gesprochen hatte, nahmen englische und französische Kommunisten das Wort. Als ein deutscher Kommunist mit dem Uebersehen der Reden begann, protestierte ein anwesender Polizeioffizier dagegen. Als die Versammlung hierauf eine drohende Haltung annahm, forderte die Polizei die Versammlung zur sofortigen Räumung des Saales auf. Pöhllich fielen Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Nach Angaben der Polizei sind aus der Versammlung heraus die ersten Schüsse gefallen. Zu gleicher Zeit sprach in einem anderen Saale des Gebäudes der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thoenemann. Auch diese Versammlung mußte geräumt werden.

Halle, 14. März. Nach einer neuen Meldung sind als Opfer der gestrigen Schießerei 7 Tote festzustellen. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen.

Briand ist befriedigt.

Genf, 13. März. Briand erklärte englischen Zeitungsvertretern, daß das Protokoll bis zum September verfertigt sei. Ein Niesensystem von Verträgen, das sich auf ganz Europa erstreckte, wäre wünschenswert, doch müßten die Abmachungen für alle Teile befriedigend sein. Jedenfalls müßte es vermeiden werden, daß bis zum nächsten September keine Lösung gefunden würde. Wäre dies unmöglich, so würde man dem Volkswort eine Waffe in die Hand geben, weil dieser erklären könnte, daß die europäischen Staaten unfähig seien, untereinander Frieden zu machen. Dem Genfer Berichterstatter des „New York Herald“ erklärte Briand, daß die im Völkerbund vertretenen Nationen das Protokoll nicht aufgeben würden, wovon man sich im September überzeugen werde. Im übrigen erklärte sich Briand von den Beschlüssen des Völkerbundesstates befriedigt. Alle Streitfragen bezüglich Danzigs seien geschlichtet worden. Polen wisse nunmehr, daß solange es vernünftig bleibe, es von allen Mächten unterstützt werden würde. Befriedigend sei auch die Lösung der Saarfrage. Bezüglich der Garantieverträge wolle Briand keine Äußerung abgeben, da diese in die Kompetenz von Herriot fallen, aber soviel sagen, daß Frankreich es nicht zulassen wird, daß aus einem Pakt die kleinen Nationen ausgeschlossen werden.

Genf, 13. März. Chamberlain erklärte heute Pressevertretern, England trete unverändert für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und für einen Ratssitz Deutschlands ein.

Wieder eine gebrochene Jufage.

Genf, 13. März. Im Widerspruch zu einer Annahme, die der Völkerbundsrat vor drei Jahren getroffen hatte, daß kein Mitglied der Saarregeierungskommission länger als fünf Jahre im Amte bleiben dürfe, beschloß der Rat gestern abend in geheimer Sitzung, den seit 1920 amtierenden Präsidenten der Regierungskommission, Raoul für ein weiteres Jahr in seinem Amte zu beschäftigen und die übrigen Mitglieder für ein weiteres Jahr in ihren Ämtern zu belassen.